

können. Aber bedenkt man die katholischen (und teilweise auch antikatholischen) Besonderheiten Italiens, dann ist es schon beeindruckend, in welcher relativ kurzer Zeit die Kirche in Italien teils mit Zustimmung, teils mit Hilfe des Vatikans den Weg aus einem auf Privilegien aufgebauten Staatskirchentum gefunden und ihren Frieden mit dem demokratischen und pluralistischen Staat geschlossen hat.

Die skandinavischen Länder mit ihrem lutherischen Staatskirchentum sind trotz radikaler Säkularisierung innerhalb ihrer Tradition noch längst nicht so weit. Und selbst die allgerühmte britische Demokratie mit ihrer wenigstens formalen Privilegierung der anglikanischen Staatskirche bleibt diesbezüglich hinter dem päpstlich-katholischen Italien um einiges zurück.

Natürlich hat es in Italien seit den 60er Jahren einen – weil zeitverschoben – besonders heftigen Säkularisierungsprozeß gegeben, sind das italienische Volksleben und die Kultur Italiens trotz weiterwirkender katholischer Tradition und eines nach wie vor wahrnehmbaren spirituellen Reichtums alles andere als in ihrer Substanz christlich-katholisch. Eine Neuformulierung des Staat-Kirche-Verhältnisses war längst überfällig. Vielleicht wurden gerade wegen der gebotenen Eile im Nachvollzug Schwachstellen mit Bedacht übersehen. Die italienischen Bischöfe hatten nicht nur Bedenken wegen der sie wenig befriedigenden Regelung des Religionsunterrichts, sie wünschten sich auch mehr und konkretere Abmachungen im erzieherischen und caritativen Bereich.

Kardinal *Ugo Poletti*, der Kardinalvikar des Papstes für die Diözese Rom, hat erst jüngst darauf aufmerksam gemacht, in Rom stünden ca. 5000 freiwillige kirchliche Sozialhelfer bereit, aber ohne staatliche bzw. kommunale Anerkennung kämen sie nicht zum Zuge – ein angesichts der überbordenden sozialen Nöte gerade dieser Stadt in der Tat eigenartiger Zustand. Die Schwierigkeiten der Kirche im sozialen und erzieherischen Bereich sind von Region zu Region verschieden, und nicht immer sind sie in „roten“ Regionen und Kommunen am ausgeprägtesten.

### Die Bischöfe: Verlierer und Gewinner zugleich

Die italienischen Bischöfe haben in ihrer Erklärung nicht ganz zufällig betont, sie hätten während der Verhandlungen besonders darauf eingewirkt, daß die gegenseitige Zusammenarbeit von Staat und Kirche im Dienst der Menschen und des Landes zum Zuge komme. Freiheit und Unabhängigkeit beider Seiten – die das Basisprinzip des neuen Konkordats sind – sind Voraussetzungen solcher Zusammenarbeit. Die Regeln dafür können erst in der Praxis entwickelt werden. Auf den italienischen Episkopat kommt damit eine neue Bewährungsprobe zu. Er, der zunächst wie der Verlierer dieses Konkordats aussieht, könnte zu seinem Gewinner werden, wenn er seinen durch das Konkordat gewonnenen kirchlichen Spielraum als Partner und Kontrahent des Staates in den kommenden Jahren in größerer Unabhängigkeit gegenüber dem Vatikan zu nutzen weiß.

D. S.

Kontakte zu knüpfen oder Wege zu erkunden, wie es gelingen könnte, in ein Gespräch zu kommen, von dem die in der Volksrepublik lebenden katholischen Christen profitieren könnten. Bisher ist trotz verschiedener Anläufe nie etwas Greifbares daraus geworden. Mit dem Vatikan bleibt das Papsttum für die rotchinesischen Herrscher eine ausländische Macht, deren Einfluß es von den eigenen Grenzen in jeder Beziehung fernzuhalten gilt.

### Zwei besonders auffallende Vorgänge

Diesmal waren allerdings zwei besonders auffallende Vorgänge Grund für das Gerücht über neue Annäherungsbemühungen: Ende Februar empfing Johannes Paul II. die *Bischöfe Taiwans* in Sonderaudienz. Dabei bezeichnete er ihre Bischofskonferenz als regionale Konferenz und wies den taiwanesischen Katholiken eine „Brückenfunktion“ gegenüber ganz China zu. Zugleich vermied der Papst in der gleichen Ansprache sorgfältig alles, was in Peking Ärgernis erregen könnte. Er machte dem chinesischen Volk als ganzem Komplimente, indem er von einem Volk sprach, das groß (great) nicht nur der Zahl nach sei, sondern „vor allem aufgrund seiner Kultur und seiner Werte und ein fleißiges Volk dazu, dessen Einfluß auf den Frieden und das Wohlergehen der Menschheit von heute und morgen nicht ignoriert werden kann“.

Er ermunterte die Bischöfe, nicht an der Vergangenheit zu haften, sondern nach vorwärts zu sehen und mit ihrem Glaubensdienst dem chinesischen Volk heute und *insgesamt* zu dienen (vgl. den Wortlaut in: *Osservatore Romano*, 29. 2. 84). Im Klartext war dies wohl so zu verstehen: die taiwanische Kirche möge sich darauf einstellen, größeren Entwicklungen, die einmal möglich werden könnten, nicht im Wege zu stehen, sondern den von Rom gewünschten Weg mitzugehen.

Ungefähr zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß alle noch lebenden *nicht-chinesischen kirchlichen Jurisdiktionsträger*, die nach der Machtergreifung

## Gerüchte um Verbindungen Vatikan-China

In den letzten Wochen hat es wieder Gerüchte über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Apostolischen Stuhl und der Volksrepublik China gegeben. Solche Gerüchte kommen in der Nach-Mao-Ära regelmäßig

auf. Sie sind, was den Vatikan und die katholische Kirche betrifft, auch selten ohne Grund. Auf allen möglichen Wegen, auch durch Reisen einzelner prominenter Bischöfe in die Volksrepublik, wurde immer wieder versucht,

Mao Tse-tungs aus China ausgewiesen worden waren – es handelt sich um zehn Bischöfe und neun Apostolische Präfekten –, vom Apostolischen Stuhl aufgefordert wurden, auf ihre Ämter formell und endgültig zu verzichten. Den Verzicht Leistenden, von denen die meisten inzwischen hoch betagt sind, wurde von Kardinalstaatssekretär Casaroli in einem Brief nochmals eigens gedankt. Die Namen der Betroffenen sind im päpstlichen Jahrbuch 1984 bereits gestrichen.

Hinzu kam, ebenfalls im Zusammenhang des Besuches der taiwanesischen Bischöfe in Rom, ein Bericht des römischen, in Kuriendingen meist als gut informiert geltenden „Tempo“, in dem Vermutungen angestellt wurden, der Vatikan würde seine *diplomatischen Beziehungen zu Taiwan* abbrechen und die Apostolische Nuntiatur in Taipeh durch eine päpstliche Delegatur als Kontaktstelle allein zum dortigen Episkopat ersetzen. Dies wurde zwar sowohl vom Vatikan wie durch die Botschaft Taiwans entschieden dementiert. Da aber der Botschafter zur gleichen Zeit, in der sich die taiwanesischen Bischöfe in Rom aufhielten, zur Berichterstattung in Taipeh weilte, wurde dem Dementi nur wenig Glauben geschenkt. Dies um so weniger, als die Nuntiatur in Taipeh seit vier Jahren ohnehin nur noch von einem Geschäftsträger geleitet wird und auch um die Reise der taiwanesischen Bischöfe, bei denen es sich nicht um den üblichen Ad-limina-Besuch handelte – formell kamen sie aus Anlaß des Abschlusses der Matteo-Ricci-Jubiläumsfeier – einiges Aufheben gemacht wurde (vgl. UCAN News, 29. 2. 84).

### Gerüchte und Dementis

Was die Vorgänge indessen wirklich bedeuten, ist schwer zu beurteilen. Sicher ist, daß der Vatikan alles unternehmen möchte, nicht nur um das Leben der Gläubigen innerhalb der Volksrepublik China zu erleichtern, sondern auch die formell im Schisma mit Rom lebenden bzw. ohne römische Zustimmung geweihten Bischöfe in irgendeiner Form der katholischen Weltkirche anzunähern.

Darauf weisen nicht nur zahlreiche Ansprachen des Papstes in Rom und außerhalb hin, auch verschiedene *Reisen von Bischöfen und Kardinälen* hatten denselben Zweck. Jeder Vorgang in China selbst, der auf eine freundlichere Stimmung, sei es gegenüber den Kirchen insgesamt, sei es speziell gegenüber der katholischen Kirche und dem Apostolischen Stuhl als deren Vertreter, schließen läßt, wird in Rom sorgfältig registriert. Aber bisher hat sich noch jede Hoffnung als Strohfeder erwiesen.

Das *Echo aus Peking* lautet fast immer stereotyp, solange der Vatikan diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalte und sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einmische, sei er für die chinesische Führung kein Gesprächspartner. Auch diesmal reagierte das chinesische Außenministerium auf die Rede des Papstes mit dem gleichen Dementi. Nach einer Meldung von AP hat das Außenministerium dabei dem Vatikan ausdrücklich vorgeworfen, er mißachte die „Souveränität der chinesischen Volksrepublik“. Damit konnten nur die Versuche des Apostolischen Stuhls gemeint sein, eine die Einheit der Kirche wahrende Lösung sowohl für die der *patriotischen Vereinigung anhängenden Katholiken* wie auch für diejenigen zu finden, die sich der patriotischen Vereinigung widersetzen und die deshalb keine Möglichkeit einer legalen religiösen Betätigung innerhalb Chinas haben.

Doch bedeutet ein solches Dementi nicht viel, zumal es sich in erster Linie auf die für absehbare Zeit nicht denkbare Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bezog. In mehreren Agenturberichten und auch von Radio Vatikan war von einer ersten *positiven „Antwort“ von Vertretern der patriotischen Vereinigung* auf die Papstansprache an die taiwanesischen Bischöfe die Rede. Insbesondere sei die Hervorhebung der „Brückenfunktion“ der Kirche von Taiwan im Blick auf ganz China und die Betonung der Einheit des chinesischen Volkes zustimmend aufgenommen worden. Konkretisieren ließ sich dieses Echo allerdings nicht. Richtig indessen

dürfte die Vermutung sein, daß innerhalb der patriotischen Vereinigung keine grundsätzliche Abneigung gegen einen „Dialog“ mit Rom besteht. Kirchliche Persönlichkeiten, die in den letzten Jahren Gelegenheit hatten, in China selbst mit Vertretern der patriotischen Vereinigung zu sprechen, haben immer wieder betont, sie hätten dort keine „schismatische Mentalität“ feststellen können.

### Wenig Grund zum Optimismus

Es liegt letztlich also wohl kaum an den der Partei- und der Staatsräson sich fügenden „patriotischen“ Katholiken als an der Frage, wieviel Spielraum ihnen die Staats- und Parteiführung läßt. Auch bleibt fraglich, ob diplomatische Beziehungen des Vatikans mit Taiwan wirklich ein entscheidender Grund für die Blockierung der Gespräche seitens der chinesischen Volksrepublik sind. Der Kernpunkt des Problems liegt eindeutig darin, daß China zwar begrenzte *Kontakte von Vertretern offiziell zugelassener Religionsgemeinschaften mit Schwesterkirchen im Ausland* duldet, aber jede ausländische Jurisdiktion und damit die Unterordnung der katholischen Kirche in China unter die Autorität des Papstes unterbindet. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan könnte den Kontakt zur Volksrepublik China zweifellos erleichtern. Die Frage ist, ob der Vatikan zu einem solchen Schritt bereit ist bzw. sich leisten kann, denn er muß auch die Kirche auf Taiwan selbst im Auge behalten.

Die *Kirche Taiwans*, die sich gerade anschickt, das 125jährige Jubiläum des Beginns der katholischen Missionierung auf der Insel zu feiern (vgl. Fidesdienst, 22. 2. 84), zeigt zwar eine hoffnungsvolle Vitalität und ist im Verhältnis zum Staat ungleich freier als die christlichen Gemeinschaften auf dem Kontinent. Aber auch das nationalchinesische Regime auf Taiwan legt Wert auf strikte Unterordnung der Religionsgemeinschaften unter die Politik des Landes. Die Spannungen mit der politischen Führung haben

deshalb in den letzten Jahren zugenommen.

Von solchen Voraussetzungen abgesehen bleibt die Religionspolitik der Volksrepublik China selbst zu widersprüchlich, um gerade für die katholische Kirche dort eine einigermaßen sichere Prognose zuzulassen. Neben Berichten über *weitere Öffnungen von Kirchen und kirchlichen Ausbildungsstätten* mehren sich in den letzten Monaten auch Hinweise auf *Verhaftungen katholischer Priester*, die nicht der patriotischen Vereinigung zuzurechnen sind. Das deutet darauf hin, daß die

kommunistische Führung Chinas weiterhin entschlossen ist, alles zu unterdrücken, was sich nicht ihrem Verständnis von nationaler Souveränität und „patriotischer“ Gesinnung einordnet, daß sie aber wohl mit sich reden ließe, wenn der Vatikan bereit wäre, eine Art katholischer Nationalkirche in China anzuerkennen. Trotz Vermittlungsversuchen wie solcher des Erzbischofs von Canterbury, *Robert Runcie*, bei dessen jüngstem Besuch in Peking (vgl. HK, Februar 1984, 96), ist kaum mit kurzfristigen Entwicklungen zu rechnen.

Wenn einer der von der vatikanischen Rücktrittsaktion betroffenen ehemaligen Apostolischen Präfekten, der in Innsbruck lebende Kapuziner *Herme-negild Hintringer*, meint, nach seiner Kenntnis werde es sehr „schwierig“ sein, das Vorhaben des Heiligen Stuhls, die Wiederaufnahme der Verbindung zur katholischen Kirche in China möglich zu machen, zu verwirklichen, und es sei falsch, diesbezüglich „allzu optimistisch“ zu sein (vgl. Kathpress, 7. 3. 84), dürfte er für absehbare Zeit damit mehr als recht haben. *E. U.*

## Zweischneidige Loyalität

### Deutsche Mittelamerika-Politik im Schatten der USA

*Trotz verschiedener Versuche, den Konfliktherd Mittelamerika zu entschärfen, verstricken sich die USA immer mehr darin. Ist für die Bundesrepublik in dieser Situation Loyalität gegenüber der westlichen Führungsmacht alleinige Pflicht, oder wäre aus der Position des sicheren Bündnispartners mehr Überzeugungsarbeit nicht hilfreicher?*

Die politische Krise in Mittelamerika hat, seit es sie gibt, publizistische Anteilnahme in ausreichendem Maß erfahren. Dies gilt auch für die Bundesrepublik, und nicht nur osteuropäische Beobachter konstatieren in unseren Medien „vergessene Kriege“ (wie die Kämpfe in Afghanistan und den lange Zeit kaum beachteten Golfkrieg) und solche, die wie der Bürgerkrieg in El Salvador über Jahre von einer recht genauen und ausführlichen Frontberichterstattung über eroberte und rückeroberte Marktflecken begleitet werden.

Die hohe Publizität des Themas in der Bundesrepublik hat mit der entscheidenden Rolle zu tun, die die Vereinigten Staaten in Mittelamerika spielen. Dem entspricht im politischen Bereich eine deutliche Annäherung der Regierungskoalition an den offiziellen amerikanischen Standpunkt beziehungsweise eine spürbare amerikakritische Haltung bei der Opposition.

### Sicherheitsinteressen und moralische Verpflichtungen

Die Mittel- und Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten ist mit der kurzen Unterbrechung der Carter-Administration immer mehr Innen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik gewesen als Außenpolitik, die ja wenigstens ansatzweise partnerschaftlich konzipiert ist. Die Befangenheit der Amerikaner in der Mittelamerika-Krise, die unter der Präsidentschaft *Ronald Reagans* allerdings alle

Merkmale eines Dilemmas annimmt, hat eine lange Geschichte, und den jüngsten Ankündigungen ist zu entnehmen, daß der Präsident keine entscheidenden Korrekturen an der traditionellen hegemonialen und antikommunistisch geprägten Mittelamerika-Politik vorzunehmen gedenkt. Die Priorität strategischer und sicherheitspolitischer Aspekte und damit die Einordnung aller Mittelamerika betreffenden Daten in das ideologisch und machtpolitisch fixierte Ost-West-Schema hat Präsident Reagan wiederholt herausgestellt (vgl. HK Juni 1983, 274 ff.).

Eine deutliche Akzentverschiebung setzte allerdings der Bericht der überparteilichen *Kissinger-Kommission*. Die USA täten gegenwärtig viel zu wenig für die mittelamerikanische Region und verschlimmerten mit ihrer Politik der kleinen Schritte die Krisensituation zusätzlich, heißt es in der von allen zwölf Kommissionsmitgliedern getragenen grundsätzlichen Stellungnahme. Die Kommission schlägt einen Hilfsplan für die kommenden fünf Jahre vor, der ein „nahtloses Gewebe“ aus wirtschaftlichen, politischen, sozialen und militärischen Maßnahmen abgeben soll, die gleichzeitig berücksichtigt werden müßten, wenn der Plan erfolgreich sein solle. Die Wirtschaftshilfe müsse für diesen Zeitraum auf mindestens 8,4 Milliarden Dollar erhöht werden.

Der Kommissionsbericht stellt die nationalen Sicherheitsinteressen neben die moralische Verpflichtung, „unseren Nachbarn in ihrer Not zu helfen“. Ein *Soforthilfe-Programm* sei notwendig, um den erschreckenden wirtschaftlichen Niedergang der Region aufzuhalten. Zu diesem Zweck soll die Entwicklungshilfe für Mittelamerika in diesem Jahr auf 800 Millionen Dollar verdoppelt werden. Das langfristige Programm der Kissinger-Kommission sieht einen *Hilfsfonds* von acht Milliarden Dollar vor, den die Amerikaner als ihren Anteil an dem errechneten Min-